

Stellungnahme des Evangelischen Entwicklungsdienstes zum Grünbuch der EU Kommission zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Der EED begrüßt die Entscheidung der EU Kommission in einem öffentlichen Beratungsverfahren die bisherige Fischereipolitik der EU Kommission einer Revision zu unterziehen. Die Analysen und Fragestellungen im Grünbuch bilden eine gute Basis für eine grundsätzliche Neuorientierung der GFP hin zu einem verantwortungsvollen, ökologisch nachhaltigen neuen Kurs der europäischen Fischereipolitik.

Als Werk der evangelischen Kirche in Deutschland sind wir Teil der weltweiten protestantischen und ökumenischen Bewegung. Wir sind Mitglied im Netzwerk der protestantischen europäischen Entwicklungsagenturen APRODEV und dadurch in politischen Prozessen der EU in Brüssel einbezogen.

Als Christinnen und Christen sehen wir es als eine besondere Aufgabe an, dass Gottes Schöpfung nicht durch Menschenhand irreversibel zerstört wird. Wir fühlen uns den Menschen verpflichtet, die seit Jahrhunderten auf den Weltmeeren mit ihrer schweren und gefährlichen Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung mit proteinreichen Nahrungsmitteln beitragen, die Küstenstreifen bewohnbar halten und als Teil der Humanökologie der Meere für ein Gleichgewicht sorgen.

Fisch hat für Christen und Christinnen eine große symbolische Bedeutung. Fisch und Brot zusammen werden von Jesus wundersam vermehrt, um die 5.000 Pilger zu ernähren; gemeinsam stellen sie die Grundernährung schlechthin dar. Fisch ist das Geschenk Gottes an die Menschen mit der Verheißung, sie nicht in Stich zu lassen. Die Fischer im Neuen Testament spielen als Jünger Jesu eine hervorragende Rolle bei der Verbreitung der christlichen Ehre. Ohne Fischer und Fisch ist biblisch die Grundexistenz der Menschheit schwer vorstellbar. Es ist daher unsere Pflicht, die Meeresressourcen so nachhaltig zu bewirtschaften, dass Fischerei auch in Zukunft weiterbetrieben werden kann und weiterhin eine gesicherte Erwerbsgrundlage für viele darstellt.

Gemeinsam setzen sich Kirchen in Europa und in den Ländern des Südens und Gläubige weltweit dafür ein, dass die maritimen Fischgründe als Bestandteil der

Meeresökologie erhalten bleiben, dass Kleinfischer überall auf der Welt ein Auskommen haben und sie mit ihrer Arbeit der Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung dienen. Fisch als reichhaltige Nahrung ist zu wertvoll, um ihn dem Luxuskonsum der Reichen auf der Welt zur Vergeudung preis zu geben.

Fischerei prägt seit Jahrhunderten hindurch das wirtschaftliche und kulturelle Leben an den europäischen Mittelmeer-, Atlantik-, Nord- und Ostseeküsten. Der Erhalt einer handwerklichen Küstenfischerei in Europa ist für uns eine Verpflichtung die maritime Identität der europäischen Küstendörfer zu erhalten und funktionierende Gemeinwesen zu gewährleisten.

Als kirchliche Entwicklungsorganisationen sind wir auch Partner von Kirchen und sozialen Netzwerken entlang den Küsten in den Ländern des Südens, in West- und Ostafrika, im pazifischen Raum, in Teilen Asiens und in den Andenstaaten. Fischer in den Entwicklungsländern gehören heute mit zu den Ärmsten und den Hungrigen. Kirche wäre nicht Kirche, würde sie sich nicht um die Armen kümmern. Daher unterstützt der EED Projekte, die Kleinfischern leichteren Zugang zu den Fischressourcen erschließen und erhalten und dabei Fischbestände, Meeresbiologie und Küstenschutz nachhaltig schützen und bewahren. Die Männer und Frauen, die Fisch fangen und verarbeiten, sollen von ihrer Arbeit leben können, sich eine ausreichende medizinische Versorgung leisten und für ihre Kinder eine zukunftsweisende Ausbildung finanzieren können. Die heimische Bevölkerung sollte ein ausreichendes lokales Angebot an Fischarten vorfinden, das es ihr erlaubt einen hohen Anteil des benötigten Proteinbedarfes durch den heimischen Fang zu decken.

Leider müssen wir feststellen, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer in den meisten Ländern des Südens nicht stattfindet. Im Gegenteil, fast überall in Afrika z.B. sind die Fangmengen, die Artenvielfalt und die Größe des gefangenen Fisches dramatisch zurückgegangen, die Küstenstreifen überfischt und die Fischer verarmt. Viele Fischer und ihre Familien leben heute in extremer Armut und verlassen nur mangels Erwerbsalternativen diesen Sektor nicht. Viele Jugendliche wenden sich von der Fischerei ab und wandern ab in die Städte, oder manche von ihnen machen sich auf den gefährlichen Seeweg nach Europa.

Wir sind uns mit unseren Partnerkirchen und vielen Kleinfischerorganisationen in Afrika einig, dass die europäische Fischereipolitik, Fischindustrie und ihre Fischereiflotten mit an der Verarmung der Fischer und Küstenbewohner Afrikas Schuld haben. Die bisherige Fischereipolitik der EU hat es durch ihre sog. Partnerschaftsfischereiabkommen (PFA) nicht geschafft, der einheimischen

Fischerei neue Perspektiven zu geben. Sie hat der illegalen Fischerei auch durch europäische Trawler kaum etwas entgegen gesetzt und der Plünderung der Hoheitsgewässer Afrikas keinen Einhalt geboten. Die Ergebnisse der GFP, wie sie die Kommission selber beschreibt, stehen im Widerspruch mit vielen Verpflichtungen der Europäischen Union, wie z.B. den Millenniumszielen zur Halbierung der Armut bis 2015, den entwicklungspolitischen Grundsätzen und den Absichten der EU zu einer kohärenten Politik.

Im Folgenden wollen wir uns vor allem zu Fragen des Kapitels 5.8, die die externe Dimension des GFP betreffen, Stellung beziehen. Aufgrund unserer langjährigen Erfahrung in vielen Küstenländern des Südens glauben wir als Entwicklungsorganisation vor allem zu diesem Aspekt kompetent Antwort auf die Fragen des Grünbuches zu geben. Wir haben unsere Positionen gemeinsam mit unseren Partnerkirchen und Partnerorganisationen der afrikanischen Kleinfischer erarbeitet.

Wir sind uns bewusst, dass auch Fragen zur Begrenzung der europäischen Fangflotte, zum Erhalt einer handwerklichen Küstenfischerei in Europa und Übersee und zu fairen Handelsbeziehungen, die den Fischern einen gerechteren Anteil am Gewinn an dem international gehandelten Fisch gewähren, wichtige Bedingungen für das Überleben der handwerklichen Fischerei in den Ländern des Südens sind. Wir nehmen daher Teil am Dialog mit Umweltgruppen, die zum Teil im Papier der 7 französischen NGOs vertreten sind und arbeiten mit in der „Koalition für faire Fischereiabkommen (CFFA)“. Wir unterstützen die von diesen beiden Bündnissen zur GFP gemachten Aussagen in Bezug auf die anderen Kapitel des Grünbuches.

5.8. Die externe Dimension

EU: Das Kernziel der GFP ist es, verantwortungsbewusste und nachhaltige Fischereien zu fördern. Gibt es Gründe, warum die externe Dimension der GFP andere Ziele verfolgen sollte?

Antwort des EED: Nein, es gibt keine anderen Gründe. Die EU sollte versuchen diese Kernziele der GFP überall selbst zu erfüllen, durchzusetzen und zu garantieren, z.B. illegalen, unregistrierten und undokumentierten Fischfang und schlechte fachliche Fischereipraxis zu unterbinden. Dafür verlangen wir auch den Einsatz der EU bei allen relevanten internationalen Organisationen. Die EU sollte Entwicklungsländer darin unterstützen, dass das Einhalten dieser Kriterien einer nachhaltigen Fischerei durchgesetzt, überwacht und von allen Fischfangnationen der Welt respektiert wird. Da die Grundsätze in- und außerhalb der EU Gewässer die gleichen sein sollten, empfehlen wir darüber zu beraten, ob es überhaupt in Zukunft ein Kapitel „externe Dimension“ in der GFP erscheinen sollte, denn was für unsere Gewässer gilt, gilt auch für

externe Gewässer. Die Verantwortung der europäischen Regierungen für das Verhalten ihrer Flotten außerhalb von EU Gewässer sollte natürlich weiterhin explizit in der GFP verankert werden. Die EU-Kommission Fischerei sollte zukünftig nicht mehr alleine für die Außenbeziehungen zu Fragen einer nachhaltigen Bewirtschaftung und für den Erhalt der ökologischen Bedeutung der Weltmeere verantwortlich sein. Die EU Fischereikommission sollte vor allem für die Regulierungsaufgaben innerhalb der EU – Gewässer und dem Nordatlantik zuständig sein.

EU: Wie kann die EU ihre Rolle auf der internationalen Bühne stärken, um weltweit ein besseres meerespolitisches und vor allem fischereipolitisches Handeln zu fördern?

EED: Eine glaubwürdige Politik, die das Gesamtwohl über das Eigenwohl stellt, ist der beste Garant für eine starke Rolle auf internationaler Bühne. Die EU sollte ihr starkes politisches Gewicht dazu verwenden, sich für die Stärkung der internationalen Regeln und Code of Conducts einzusetzen und alle Formen des illegalen, unregistrierten und undokumentierten Fischfangs durch eigene Flotten unterbinden, die geltenden Vorschriften stärken und ihre Einhaltung überwachen. Die EU-Kommission Umwelt und die EU-Kommission Entwicklung sollten bei internationalen Regelwerken, die meeresökologische Belange betreffen oder die entwicklungspolitische Ziele tangieren, ein gleichberechtigtes Mitspracherecht bekommen

EU: Wie kann die EU mit ihren Partnern zusammenarbeiten, um regionale Fischereiorganisationen wirksamer zu machen?

EED: Die Erfahrungen seit der GFP 2002 bestärken uns in unserer Einschätzung, dass die EU-Kommission Fischerei nicht alleine der kompetente Partner ist, um mit Entwicklungsländern Verhandlungen über deren Fischerei und den Zugang zu den Hoheitsgewässern für europäische Schiffe zu führen. Die EU Kommission Entwicklung sollte in diesen Verhandlungen eine privilegierte Rolle spielen und die entwicklungspolitischen Vorgaben für diese Verhandlungen machen dürfen. Aus dieser Zusammenarbeit zwischen der Fischerei- und Entwicklungskommission sollte für die zukünftige Zusammenarbeit den Entwicklungsländern ein politischen Rahmen zur Regulierung von Fischerei angeboten werden. Dabei sollten die Interessen der Entwicklungsländer nach einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Ressourcen, nach Ernährungssicherheit, nach Unterstützung der Küstengemeinschaften, nach einem hohen Anteil an der Wertschöpfung und fairen regionalen und internationalen Handelsbeziehungen Vorrang haben.

EU: Sollten entgegen dem derzeitigen Grundsatz des freien Zugangs in internationalen Gewässern Fischer in Hochseegebieten, die den Regeln regionaler Fischereiorganisationen unterliegen, für das Recht zu fischen bezahlen müssen?

EED: Im Vordergrund sollte der o.g. politische Regulierungsrahmen zum Erhalt der Meeresressourcen für die Kleinfischerei der Entwicklungsländer stehen. Wenn einzelne Länder, übergangsweise Ressourcen für internationale Kooperation freigeben, dann sollten die

Grundsätze einer nachhaltigen Fischerei eingehalten und im Falle von europäischen Anbietern auch von der EU überwacht und die bisherigen Regeln (z.B. „Exklusivitätsklausel“) eingehalten werden. Die EU sollte sich verpflichten, für die Einhaltung aller Grundsätze einer nachhaltigen Fischerei ihrer Flotte Verantwortung zu übernehmen, sowie für die Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards für den Fisch der aus Drittgewässern in die EU eingeführt wird. Bei Bedarf sollten die IUU Regelungen um soziale und meeresökologische Kriterien erweitert werden. Eine finanzielle Beteiligung der EU zur Erlangung solcher Drittstaatenlizenzen durch europäische Fangschiffe sollte zukünftig nicht mehr stattfinden.

EU: Wie lassen sich Ziele wie Investitionsförderung (Gründung von Joint-Ventures, Transfer von Know-how und Technologie, Investitions- und Kapazitätsmanagement für die Fischereiwirtschaft usw.), Schaffung von Arbeitsplätzen (auf Schiffen, in Häfen, in der Verarbeitungsindustrie) oder Förderung verantwortungsvollen meerespolitischen Handelns im Rahmen künftiger internationaler Fischereiabkommen verfolgen?

EED: Der erwähnte vorgeschlagene zukünftige Fischerei Regulierungsrahmen unter der Führung der EU Entwicklungskommission sollte von jeglichen Zugangsregelungen für die EU Fischereiflotte getrennt werden. Finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer um entwicklungspolitische Ziele zur Armutsbekämpfung und einer regionalen wirtschaftlichen Entwicklung sollten im Rahmen von allgemeinen Entwicklungsfinanzierungen, wie dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) geleistet werden. Diese sollten an keine Konditionalitäten in Bezug auf die Unterzeichnung von Handelsverträgen oder Zulassung ausländischer Investoren gebunden sein.

Investitionen durch europäische Unternehmen im Fischereiwesen, teilweise durch Umflagung europäischer Fangschiffe, haben nur selten einen ökonomischen Vorteil für die Entwicklung einer nachhaltigen Fischerei oder für die Menschen in den Fischereigemeinschaften gehabt. Eine zukünftige auf Entwicklung ausgerichtete Partnerschaft im Fischereiwesen zwischen der EU und Entwicklungsländern würde auch zur Reduzierung von Konflikten, die um die Verteilung von Mitteln aus Fanglizenzen und bilateralen Fischereiverträgen entstehen, führen.

EU: Sind die partnerschaftlichen Fischereiabkommen das beste Instrument, um außerhalb der EU-Gewässer Nachhaltigkeit zu erreichen, oder sollten sie durch andere Formen der Zusammenarbeit ersetzt werden? Sollte die regionale Perspektive untersucht werden und eine einfachere bilaterale Perspektive ersetzen oder ergänzen?

EED: Nein, die bestehenden Fischereiabkommen sollten im Einvernehmen mit den Vertragspartnern ausgesetzt werden. Auch die Partnerschaftsverträge sind unglaubwürdig und erreichen nicht das vorgegebene Ziel, die Entwicklung der einheimischen Fischereiwirtschaft in den Entwicklungsländern zu befördern. Alle unsere Partnerorganisationen in afrikanischen Ländern mit Fischereiabkommen, berichten uns, dass die Geldmittel, die durch die Verträge vorgesehen sind, nicht bei den Fischern und ihren Familien und Gemeinschaften ankommen. Auch die Modernisierung des eigenen Fischereisektors, die effektive Überwachung der Fischbestände und der Fangrechte und die wissenschaftliche Hilfe bei dem Meeresökomanagement sind nicht sichtbar.

Die Zusammenarbeit sollte sich in Zukunft auf die oben beschriebene entwicklungspolitische Unterstützung der Partnerländer beschränken. Dazu sollte es einen wesentlichen Kapazitätsaufbau in Fischereifragen in der Entwicklungs- und Umweltkommission der EU geben.

EU: Wie können wir die wissenschaftliche Forschung zur Einschätzung der Nachhaltigkeit von Fischbeständen und die Aufsicht über die Fangtätigkeit transparenter und effizienter gestalten?

EED: Eine Unterstützung im Rahmen wissenschaftlichen Austauschs, universitärer Kooperationen oder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollte gefördert werden. Sie darf aber nicht weiter zur Legitimation eines Zugangs für die europäische Fischereiindustrie dienen.

EU: Wie können wir in Entwicklungsländern eine bessere Zusammenarbeit und die Beachtung neuer Rechtsvorschriften erwirken?

EED: Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit könnten Programme zum Kapazitätsaufbau in den Fischereiministerien der Länder vereinbart werden.

EU: Sollten EU-Fischer alle Kosten ihrer Fangtätigkeit in Drittlandgewässern tragen oder sollte ein Teil dieser Kosten weiterhin vom Gemeinschaftshaushalt getragen werden?

EED: Da wir der Meinung sind, dass Fangtätigkeit in den Gewässern von Entwicklungsländern in Zukunft die Ausnahme sein sollte, sollten in solchen Fällen die Kosten nicht zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts fallen.

EU: Wie können wir dazu beitragen, die Fähigkeiten von Entwicklungsländern in Bezug auf das Fischereimanagement zu stärken (z. B. durch gezielte Hilfe)?

EED: In den Programmen der Entwicklungszusammenarbeit von EU und der Mitgliedsländer sollte dieser Aufgabe eine wichtigere Bedeutung gegeben werden und die Mittel dafür aufgestockt werden.

EU: Sollte die Integration der europäischen Fangflotten und der Interessen von Drittländern aktiv als Ziel der externen Dimension der GFP verfolgt werden, um insbesondere die Entwicklung der betreffenden Partnerländer zu unterstützen?

EED: Nein, es sollte Ziel der EU sein ihre Fangflotten soweit zu reduzieren, dass sie ausschließlich in Unionsgewässern operieren und den Entwicklungsländern zur Bekämpfung von Hunger und Armut den privilegierten Zugang zu ihren Ressourcen lassen. Die Ausgestaltung

einer Fischereipolitik zugunsten der handwerklichen Fischerei der Entwicklungsländer sollte durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch die EU gefördert werden.

EU: Wie können wir die Synergien zwischen den verschiedenen Formen von Unterstützung und den verschiedenen Partnern im Fischereisektor einerseits und den Entwicklungsstrategien von Küstenstaaten andererseits verstärken?

EED: Eine Kohärenz der EU Politik gegenüber dem Fischereiwesen in Entwicklungsländern ist notwendig. Dabei sollten die Fischerei- Umwelt- Handels- und Gesundheitskommission der EU unter Leitung der Entwicklungskommission in enger Kooperation mit den Vertretungen der Entwicklungsländer Strategien der Unterstützung einer nachhaltigen Fischerei unter besonderer Unterstützung der handwerklichen Fischerei und der Berücksichtigung der Ernährungssouveränität der Entwicklungsländer entwickeln.

EU: Sollte die Aquakultur in künftige partnerschaftliche Abkommen einbezogen werden?

EED: Nein, da wir vorschlagen in Zukunft keine solchen Fischereiabkommen mehr abzuschließen, sollten Vereinbarungen zur Aquakultur, wie Investitionen, ökologische Nachhaltigkeit, Handelsbeziehungen vor allem im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit behandelt werden.

EU: Wie könnte in Drittländern das Potenzial der handwerklichen Fischerei für Nachhaltigkeit, Ökologie und soziale Vorteile gestärkt werden?

EED: Wir schließen uns den Beschlüssen der FAO Konferenz zur Zukunft der handwerklichen Fischerei in Bangkok, 2008, an. Wir unterstützen die Forderung nach einem privilegierten Zugang von Kleinfischern zu ihren Ressourcen. Daher sollte die EU garantieren, dass EU Fangschiffe nicht zu einer Konkurrenz von Kleinfischern in ihren eigenen geschützten Gewässern werden.

Diese Stellungnahme stellt den Stand der Diskussionen zwischen dem Evangelischen Entwicklungsdienst und seinen Partnerkirchen und Fischergemeinschaften in den Ländern des Südens zur Zeit der Erstellung dar. Wir führen diesen Dialog, gerade in Bezug auf die anderen Dimensionen der GFP weiter, auch mit den evangelischen Landeskirchen an Nord und Ostsee. Hinweise, Kritik und Anmerkungen sind willkommen. An: francisco.mari@eed.de

Bonn, den 22. Dezember 2009